



Staatskanzlei Nordrhein-Westfalen, 40190 Düsseldorf

Herrn
Karsten Smid
Greenpeace e. V.
Hongkongstraße 10
20457 Hamburg

21. Juli 2021

Seite 1 von 2

Aktenzeichen

01.04.07.04.02 - 15/2021

██████████@stk.nrw.de

Telefon 0211 837-██████████

Telefax 0211 837-██████████

Treffen und Gespräche von Herrn Ministerpräsidenten mit Vertretern von RWE – Ihre UIG-Anfrage vom 31. März 2021

Sehr geehrter Herr Smid,

Sie haben unter Berufung auf das Umweltinformationsgesetz Nordrhein-Westfalen (UIG NRW) darum gebeten, Ihnen Folgendes zuzusenden:

“eine vollumfängliche tabellarische Auflistung aller Treffen, Gespräche und fernmündlicher Termine von Ministerpräsident Armin Laschet mit Vertreter:innen von RWE oder deren Bevollmächtigten von 1. Januar 2018 bis Ende März 2021“.

Hierzu kann ich Ihnen mitteilen, dass der Ministerpräsident folgende Termine wahrgenommen bzw. Gespräche geführt hat:

2018

- 25.01.2018 – Grußwort im Rahmen der Betriebsversammlung der RWE Power AG am Tagebau Hambach, Niederzier
- 06.07.2018 – Teilnahme und Rede Strukturwandel-Konferenz in Berlin u.a. mit Teilnehmern von RWE

2019

- 01.02.2019 – Grußwort im Rahmen der Betriebsversammlung der RWE Power AG am Tagebau Hambach, Niederzier
- 05.02.2019 – Gespräch zum Thema „Rheinisches Revier“ in Düsseldorf

Dienstgebäude und

Lieferanschrift:

Horionplatz 1

40213 Düsseldorf

Telefon 0211 837-01

Telefax 0211 837-1150

poststelle@stk.nrw.de

www.land.nrw

Öffentliche Verkehrsmittel

Haltestelle Poststraße:

Rheinbahn Linien

706, 708, 709

- 12.07.2019 – Gespräch zum Thema „Rheinisches Revier“ in Düsseldorf
- 18.10.2019 – Gespräch zum Thema „Rheinisches Revier“ in Köln
- 03.12.2019 – Gespräch zum Thema „Rheinisches Revier“

2020

- 19.03.2020 – Wirtschaftsgipfel u.a. mit Teilnehmern von RWE (Videokonferenz)
- 12.10.2020 – Wasserstoffgipfel „Transformationspfade für nachhaltige industrielle Projekte in Nordrhein-Westfalen“ u.a. mit Teilnehmern von RWE in Düsseldorf

2021

- Keine Termine/Gespräche

Soweit Sie um Mitteilung der Funktion aller Gesprächsteilnehmer inklusive Namen gebeten haben, wird der Informationszugang gemäß § 9 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 UIG abgelehnt. Durch das Bekanntgeben der Informationen würden personenbezogene Daten offenbart und dadurch Interessen der Betroffenen erheblich beeinträchtigt. Auf die Durchführung eines Drittbeteiligungsverfahrens/Einwilligungsverfahrens wurde auf Ihre Bitte verzichtet. Die Dauer der Treffen bzw. Gespräche ist nicht erfasst worden.

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diese Entscheidung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Widerspruch bei der Staatskanzlei des Landes Nordrhein-Westfalen eingelegt werden.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

